

ein europäischer Wissenschaftspark (u.a. mit Umweltinstituten) im Aufbau befindet; 2. Sevilla (Institute for Prospective Technology Studies [IPTS]); 3. ein Ort auf dem Territorium der früheren DDR in der Nähe eines stark verschmutzten Gebietes; 4. Schweden.

- Zeit und Dauer: ca. 3 Wochen im August oder September 1997.

Die Europäische Kommission (DG XXII) hat bereits die Übernahme von einem Drittel der Kosten zugesagt. Der Vertreter des japanischen Erziehungsministeriums wurde gebeten, Kooperations- und weitere Finanzierungsmöglichkeiten auf japanischer Seite zu sondieren. Die weiteren Einzelheiten sollen von der Sommerschuldirektorin in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der EJEА vorbereitet werden. Eine Publikation der Workshop-Papiere inklusive eines Berichts wird vorgelegt werden und ist dann von der Geschäftsstelle der EJEА im JDZB (Dr. Wolfgang Brenn) erhältlich.

Wolfgang Brenn

China's International Role: Friction or Cooperation?

Wilton Park Conference, Wiston House/England, 9. - 12. Dezember 1996

Wiston House in Südengland ist ein Konferenzzentrum des britischen Foreign Office, das auf eine lange Tradition von Tagungen mit Vertretern aus Politik, Politikberatung und Wissenschaft zurückblickt – und immer wieder nach vorn blickt auf globale Tendenzen und die Zukunft internationaler Beziehungen. Konflikt oder Kooperation – um es vorwegzunehmen: Chinas Rolle in einer multipolaren Welt bietet für beide Sichtweisen Anhaltspunkte. Schwerpunkte einer differenzierten Faktorenanalyse durch die Referenten und Diskutanten der Tagung lagen dabei auf der internen Entwicklung Chinas (u.a. der Wiedererlangung der chinesischen Souveränität in Hongkong, der Situation der Staatsbetriebe und der Rolle der Armee) und bei Chinas bilateralen Beziehungen (mit den USA, mit den Ländern Südostasiens, mit Rußland, Japan und der EU).

Lord Wilson of Tillyorn, Gouverneur Hongkongs von 1987-1992, analysierte in seinem Vortrag Implikationen der Rückführung Hongkongs an China: Hongkong habe sich zu einer derart gesunden und reifen Volkswirtschaft entwickelt – ablesbar etwa an der Tatsache, daß die Börse keine nervösen Reaktionen mehr auf politische Spannungen zeige – daß wirtschaftliche Instabilitäten als Resultat des Übergabeprozesses auszuschließen seien. Hingegen seien politische Veränderungen wahrscheinlich, allerdings in einem weit langsameren Tempo als gemeinhin angenommen. Ein Problem könne sich insbesondere durch die höhere Korruptionsanfälligkeit einheimischer Verwaltung im Vergleich zu einer Kolonialverwaltung ergeben. Auf der anderen Seite habe der Transitionsprozeß aber auch Rückwirkungen auf die Volksrepublik, die Hongkong und seine wohlhabende, selbstbewußte Bevölkerung zu absorbieren habe. Eine Abschöpfung Hongkongs erscheine verlockend, obwohl die Joint Declaration bekanntlich Steuerzahlungen der Special Administrative Region (SAR) an die Zentralregierung nicht vorsehe. Indem die Zentralregierung den Zugriff regionaler Interessen auf Hongkong zu beschränken habe, werde sie in der

SAR vergleichbar einer Kolonialverwaltung operieren müssen. In conclusio, so Lord Wilson, werde Hongkong seine Rolle als Tor zu China beibehalten.

Laurence Bristow-Smith, London, beschrieb das gegenwärtige chinesische Wirtschaftssystem als eine *mixed economy*, deren Struktur und Mechanismen sich zunehmend verfeinerten. Vorhandene Engpässe für langfristiges Wachstum seien institutioneller Art (in erster Linie die Staatsbetriebe) sowie physischer Natur – Infrastruktur, Energieversorgung, Umwelt. Aber den chinesischen Wirtschaftspolitikern mangle es weder an Visionen oder Zuversicht zur Überwindung dieser Engpässe noch an geeigneten Instrumenten (z.B. BOT-Verträgen zum Kapitalimport für Infrastrukturvorhaben) – obwohl das Verständnis für die Funktionsweise und die Implikationen solcher Instrumente noch schwach entwickelt sei. Schließlich seien verschiedene strukturelle Widersprüche der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unübersehbar: erstens, Überreste und Erblasten des Plansystems vs. marktorientiertem Entwicklungsweg, zweitens, das Verhältnis von Zentrum und Peripherie. Die wachsenden Investitionsverflechtungen zwischen China und seinen Nachbarländern schließlich hätten konträre Implikationen: einerseits Konfliktreduktion durch Interessenkongruenz, andererseits entstünden durch den auslandskapitalinduzierten wirtschaftlichen Aufschwung Chinas neue Konkurrenzbeziehungen zwischen den Volkswirtschaften Chinas und seiner Nachbarländer sowohl um den Zugang zu Ressourcen wie auch um Absatzmärkte in Drittländern.

Peter Nolan, Cambridge, wandte sich mit innovativen Überlegungen den großen Staatsbetrieben zu, die von den meisten Beobachtern bekanntlich als Hindernis für Chinas wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden. Nolan wies demgegenüber auf Absatzverflechtungen (z.B. Petrochemie / Spielzeugindustrie) zwischen Privat- und Kollektivunternehmen einerseits und den Großunternehmen andererseits hin. Von den 500 größten Unternehmen machten nur etwa 40 tatsächlich Verluste – im Gegensatz zu der Mehrheit der mittelgroßen staatseigenen Betriebe. Nolan prognostizierte eine institutionell diversifizierte Industriestruktur, in der staatliche Großunternehmen einen wichtigen Platz hätten. Diese seien aber weder organisiert wie die Aktiengesellschaften des Westens mit ihrer strengen Trennung von Eigentum und Kontrolle noch wie die japanischen *keiretsu*, die manchmal als kollektive Verteidigung des Managements gegen die Eigentümer angesehen werden. Die chinesische Entwicklung favorisiere Unternehmensgruppen (*jiezu*) mit einem hohen Grad an Managementautonomie. Nolan prognostizierte im Gegensatz zu der weltweiten Betonung der Kleinindustrie als Wachstumsmotor in den 80er Jahren (etwa über das Instrument des *Outsourcing*), dem weltweiten Rückzug des Staates aus der Ökonomie und der Regionalisierung (im Sinne Ohmaes) für die Zukunft sowohl eine neue Zunahme der Konzentration wirtschaftlicher Macht auf die größten transnationalen Konzerne wie auch eine neue Bedeutung des Staates in einem globalen Wirtschaftssystem mit schärferem Wettbewerb und strikteren Regeln. Auch den großen staatseigenen Unternehmen in China – in Nolans Augen weit entfernt von einer möglichen Entflechtung oder Privatisierung – würde daher in Zukunft eine wichtigere Rolle in der Weltwirtschaft zuwachsen. In der jetzigen (zweiten) Phase des Zustromes ausländischer Direktinvestitionen nach China gebe es bereits eine beachtliche

che Kooperation der großen transnationalen Konzerne und großer chinesischer Staatsunternehmen.

David Shambaugh, Washington D.C., behandelte in seinem Beitrag die Rolle der Volksbefreiungsarmee in Politik und Wirtschaft und die außenpolitischen Konsequenzen. Seit 1978 habe sich das Militär zunehmend von der politischen Arena zurückgezogen, nach 1989 aber habe es eine Re-Politisierung verbunden mit einer starken Kommerzialisierung (Leasing von Flughäfen, Krankenhäuser) gegeben. Neue strategische Konzepte (den Feind an der Grenze zu treffen anstelle einer Volkskriegsstrategie) hätten zu einer Zentralisierung der Kommandostrukturen geführt – obwohl zellulare Regionalstrukturen nicht ganz an Bedeutung verloren haben –, zu einer Professionalisierung und schließlich zu einer Reduktion der Truppenstärke von 4 Mio. auf 3 Mio. Soldaten, zu einem großen Teil durch Überführung in die paramilitärische Bewaffnete Volkspolizei. Das offizielle Budget der chinesischen Armee verzeichne jährliche reale Wachstumsraten von etwa 4 Prozent, was vor allem für die Verbesserung des Lebensstandards der Truppe verwendet werde. Die tatsächlichen Ausgaben seien extrem intransparent, so daß ausländische Quellen das Ausgabevolumen zwei- bis zwölfmal (!) höher schätzen. Dennoch sei die Ausrüstung 15 bis 20 Jahre hinter dem weltweiten technischen Höchststandard, zehn Jahre hinter dem Standard von Korea oder Indonesien: mit der Luftwaffe als traditionell schwächstem Glied und der Marine vornehmlich als einem reinen Küstenschutz. Lediglich im Bereich der nuklearen und ballistischen Raketen habe die chinesische Armee eine stärkere Position. Wesentlichstes Hindernis einer Modernisierung der Armeeausrüstung sei das geringe chinesische F&E-Potential, daraus folgend die große Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten (und daher den Deviseneinnahmen des Staates als limitierendem Faktor). Mit anderen Worten: die Volksbefreiungsarmee sei, so Shambaugh, eine Armee mit "kurzen Armen und langsamen Beinen" – aber auch abgesehen von dem mangelnden Potential gebe es keine plausiblen Intentionen zu einer militärischen Bedrohung der Nachbarländer, da China zur Erreichung seiner wirtschaftlichen Ziele einer stabilen regionalen Sicherheitslage bedürfe.

Gerrit Gong, Washington D.C., behandelte die chinesisch/us-amerikanischen Beziehungen vor allem auf dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen, zum Teil wohl auch der innenpolitischen Zwänge in den USA. Daß die Annahme einer monolithischen Position eines Landes gegenüber einem anderen Land kaum der Wirklichkeit entspricht, machte Gong deutlich, indem er Umfrageergebnisse zum MFN-Status Chinas in den USA und zur WTO-Mitgliedschaft zitierte: Während ein befristeter MFN-Status für China von nur 47 Prozent der befragten Angehörigen der Exekutive befürwortet wurde, sprachen sich 83 Prozent der Wirtschaftsvertreter für diese Vergünstigung aus, bei der WTO-Mitgliedschaft gab es 37 Prozent Befürworter auf dem Capitol Hill gegenüber 79 Prozent in der Business Community. Gong erwartet für die Zukunft eine Annäherung zwischen Pragmatismus und Idealen in der us-amerikanischen Außenpolitik: *qiu da tong, cun xiao yi* (nach – den großen – Gemeinsamkeiten suchen und die – kleinen – Differenzen auf sich beruhen lassen). Zhang Wenpu, Beijing, identifizierte in seinem Referat zu diesem Thema die Haltung zu Taiwan als den einzigen Bereich, der die Beziehungen zwischen China und

den USA ernstlich gefährden könne. Das negative Medienimage, prominente Persönlichkeiten mit "ungünstigen Meinungen" über China, Denkschulen, die eine Ungewißheit über Chinas zukünftige Entwicklung betonten: dies seien Störfaktoren, aber eher partikularer Natur.

Peter Ferdinand, Coventry, widmete sich den sino-russischen Beziehungen unter Bezugnahme und in gekonnter mehrfacher Abwandlung des *tong chuang yi meng* (*same bed, different dreams*). In der Originalform habe dieses *chengyu* bis 1992 seine Berechtigung gehabt: durchaus unterschiedliche Langzeitziele bei gleicher Ausgangssituation. *Same bed, few dreams* beschreibe die gegenwärtigen bilateralen Beziehungen – Interessenübereinstimmung und Zusammenarbeit in vielen praktischen Detailfragen, ohne daß es Langzeitvisionen der Kooperation zwischen den beiden Ländern gebe. Potentiell und/oder bereits real sei dies der Fall bei der Außenpolitik, beispielsweise in der Menschenrechtsdebatte oder bei internationalen friedenserhaltenden Maßnahmen; bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, d.h. Arbeitskräftemigration von Rußland nach China, Außenhandel mit russischem Öl und chinesischen Leichtindustrieprodukten, auch bei einigen (wenigen) chinesischen Direktinvestitionen in Rußland; schließlich bei der Sicherheitspolitik, wo keines der beiden Länder das andere als aktuelle Bedrohung wahrnehme. Als kennzeichnend für die gegenwärtige Situation sieht Ferdinand die Dominanz der jeweiligen Zentralregierungen im bilateralen Verhältnis. *Crowded bed, bad dreams*, dieses Szenario könne entstehen, wenn die Zentralregierungen beider Länder an Bedeutung verlieren und neue Akteure auftreten, beispielsweise Provinzgouverneure mit divergenten Interessen. Ein zweites Szenario, *same bed, same dream*, sei insbesondere dann zu erwarten, wenn der Westen in einer Eindämmungspolitik gegenüber beiden Ländern diese – entgegen seinen Intentionen – zu einer engeren Allianz zusammenzwinge. Ferdinands Sicht des gegenwärtigen sino-russischen Verhältnisses wurde von Iouri Belobrov, London, unterstützt: Es gebe zwischen beiden Ländern keine konfligierenden Interessen, das Handelsvolumen solle von gegenwärtig 7 Mrd. US\$ in den nächsten vier Jahren auf 20 Mrd. US\$ steigen – andererseits gebe es keine Bestrebungen zu Allianzen oder Blockbildungen. Kritische Diskussionsbeiträge zu diesem Thema betonten allerdings, daß der ideologische Wettstreit zwischen beiden Systemen (nun allerdings um die adäquate Form der Transformation) noch keinesfalls beendet sei, und ferner aus Gründen der Energieversorgung wie auch unter religiös-ethnischen Gesichtspunkten die zentralasiatischen GUS-Republiken für China bedeutsamer seien als Rußland.

Nicolas Chapuis, Paris, bemängelte in seinem Referat über die europäisch-chinesischen Beziehungen ein ambivalentes Verhalten der chinesischen Diplomatie, die einerseits einzelne Länder der EU hofierten, andererseits für eine Stärkung der Union gegenüber etwa den USA einträten. Allerdings sei auch die europäische Chinapolitik alles andere als stringent: So gebe es Unterschiede zwischen Ländern, die eine spezifische Chinapolitik implementiert hätten, und anderen Ländern, die Chinapolitik als Teilbereich universaler Fachressorts verstünden, zudem gebe es erhebliche Kompetenzüberschneidungen auf europäischer Ebene. Ein sicherheitspolitisches Engagement Europas in Asien, eine Unterstützung der asiatischen Identitätsstiftung (mit Instrumenten wie der ASEM) und umfangreiche Entwicklungszusam-

menarbeit seien verschiedene europäische Angebote, mit denen China seiner Fixierung auf eine Bestätigung weltpolitischer Bedeutung allein durch die USA entkommen könne.

Nicht nur bei dem zuletzt genannten Beitrag, sondern auch bei der Darstellung der japanischen Position und derjenigen der ASEAN-Staaten zeigte sich, daß – zumindest im Verhältnis zum Newcomer China – weltpolitische Akteure nach eigenständigen Positionen suchen, die in Form von "strategischen Allianzen" auf bestimmten Gebieten zusammenfinden, im übrigen aber tatsächlich eine entstehende Multipolarität der Welt zum Ausdruck bringen. Chinas internationale Rolle wird daher – so könnte ein Fazit der Tagung lauten – in einem dynamischen Gleichgewicht der Kräfte auf einer Vielzahl von Ebenen zu definieren sein, wobei Kooperationsavancen aller Seiten (gerade auch Chinas) verglichen mit den potentiellen und aktuellen Konfliktfeldern bei weitem in der Mehrheit sind.

Hans H. Bass

Workshop on Agricultural Policies in China

Paris, 12. - 13. Dezember 1996

Im Rahmen ihres Programms "Dialog und Zusammenarbeit mit China" hatte die OECD im Dezember agrarpolitische Entscheidungsträger und Experten aus China und 18 OECD-Staaten sowie Abgesandte internationaler Organisationen (EU, ADB, FAO) zu einem Meinungsaustausch in ihre Zentrale nach Paris eingeladen.

Zu dem Workshop waren mehr als dreißig Beiträge unter vier Schwerpunkten vorbereitet worden:

1. Internationale und nationale agrarpolitische Faktoren für die chinesische Agrarproduktion.
2. Spezielle Agrarpolitiken und landwirtschaftliche Produktion (provinzverantwortliche Getreidepolitik, Landrechte, Umweltpolitik, Infrastrukturprogramm).
3. Getreidepreispolitik und Getreidebedarf für die Viehproduktion
4. Der nationale und internationale Markt für Getreide und Futtermittel.

Wie aus diesen Themenstellungen unschwer abzulesen ist, standen im Mittelpunkt der Diskussion Chinas Getreidepolitik und -versorgung, welche nicht nur in China als zentrale Anliegen der landwirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden. Im folgenden können aus der sehr umfassenden Diskussion und aus der Vielzahl der interessanten und qualifizierten papers nur einige wenige Beiträge hervorgehoben werden.

Luo Yousheng (Landwirtschaftsministerium, China) umriß in seinem Beitrag die makropolitischen Vorgaben für die Landwirtschaft bis zum Jahre 2000. Der 8. Fünfjahresplan war, insbesondere im Jahre 1995, von einer makropolitischen Anpassung geprägt, in deren Verlauf die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft verstärkt wurde. Ein wichtiger Schwerpunkt des 9. Fünfjahresplans ist die Getreidepolitik, welche eine stärkere Preisfreigabe, die Einführung von Subventionen für Produzenten und für niedrige Einkommensgruppen, eine Förderung des interregionalen